

# Antrag P21: Erhöhung und Politisierung der Mandatsträger:innenbeiträge

Antragsteller\*in:

BV Berlin-Neukölln

Der Parteitag möge beschließen:

## 1 Erhöhung und Politisierung der Mandatsträger:innenbeiträge

2 Vor den Listenaufstellungen für die Bundestagswahl 2025 beschließt die Partei Die  
3 Linke eine Neuregelung der Mandatsträger:innenbeiträge. Die neue Regelung basiert auf  
4 einem Verständnis der Beiträge als Mittel der politischen Arbeit, sie dient als  
5 deutliches Zeichen einer engen Anbindung der Mandatsträger:innen an die Partei und  
6 strahlt in der Öffentlichkeit Glaubwürdigkeit aus. Die Erhöhung sichert zudem der  
7 Partei und ihren Gliederungen finanziellen Handlungsspielraum.

8 Bei Mandaten und Ämtern, die in Vollzeit wahrgenommen werden, im Deutschen Bundestag,  
9 in Landesparlamenten oder als Bürgermeister:in behalten die Träger:innen von Mandaten  
10 und Ämtern als monatliches Einkommen einen Betrag, der sich am Gehalt von  
11 Mitarbeiter:innen von Abgeordneten in Vollzeit orientiert. Die übrigen  
12 mandatsbezogenen Einkünfte werden an die Partei abgeführt.

13 Zwischen dem jeweiligen Vorstand der Partei und der:m Bewerber:in wird vor ihrer  
14 Aufstellung als Wahlbewerber\*innen eine schriftliche Vereinbarung über die Zahlung  
15 von Mandatsträger:innenbeiträgen geschlossen. In dieser Vereinbarung stimmen die  
16 Mandatsträger:innen bzw. die Bewerber:innen ebenfalls der Veröffentlichung ihrer  
17 geleisteten Zahlungen auf der Ebene, auf der das Mandat errungen wird, zu.

18 Der Parteivorstand wird beauftragt, eine satzungsfeste und verbindliche Lösung zu  
19 erarbeiten.

## Begründung

Die Partei Die Linke hat sich eine umfassende Erneuerung vorgenommen. Wir haben viele neue Genoss:innen gewonnen und wollen weiter neue Mitglieder gewinnen, wir wollen alte Grabenkämpfe überwinden und mit frischer Energie und kämpferischem Optimismus überzeugen. Dieser Prozess erfordert sichtbare Veränderungen auf allen Ebenen. Gleichzeitig haben wir die Krise der Partei noch nicht gemeistert, das schlägt sich auch auf die finanzielle Situation der Partei und ihrer Gliederungen nieder.

Der Bezirksverband Neukölln hat jahrelange gute Erfahrungen mit dem vorgeschlagenen Modell gemacht, es fördert nicht nur die gute finanzielle Ausstattung des Bezirksverbands, sondern auch die politische Verpflichtung der Mandatsträger:innen gegenüber der Partei.

Mandatsträger:innen unserer Partei kommt eine besondere Bedeutung, aber auch Verantwortung zu:

Erstens erhalten Mandatsträger:innen und Parlamentsfraktionen in der parlamentarischen Demokratie mehr mediale Aufmerksamkeit als die zugehörigen Parteien. Dies gilt auch für Kandidat:innen im Vorfeld von Wahlen. Unsere Kandidat:innen müssen den Geist des Neuaufbruchs ausstrahlen, sie müssen deutlich machen, dass Die Linke anders ist als andere Parteien, dass Die Linke im Dienst der Menschen steht und nicht der Konzerne. Abgeordnete der Linken müssen sich klar abgrenzen von einem abgehobenen Politikbetrieb, der mit der Lebensrealität der Menschen nichts mehr zu tun hat. Wenn Abgeordnete der Linken nicht mehr verdienen als ihre Mitarbeiter:innen trägt das zur Glaubwürdigkeit unseres Anspruchs bei, die Interessen unserer Wähler:innen zu vertreten und nicht ein eigenes Geltungsbedürfnis zu

befriedigen. Die KPÖ in Österreich und die PVDA/PTB in Belgien nutzen dieses Alleinstellungsmerkmal erfolgreich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

Gerade nach den jahrelangen machtpolitischen Konflikten in der Bundestagsfraktion und dem Austritt des Teils der Fraktion um Sahra Wagenknecht, die auch das Ansehen der Partei auf anderen Ebenen beschädigt haben, muss es das Ziel der Linken sein, Glaubwürdigkeit als Partei an der Seite der Mehrheit der Menschen zurückzugewinnen. Die Linke und ihre Kandidat:innen sollten dann diese Regelung in ihrer Öffentlichkeitsarbeit betonen. Zweitens lebt Die Linke viel stärker als andere Parteien von der Aktivität und dem Engagement aller ihrer Mitglieder. Zu Recht sind wir stolz auf dieses Merkmal. Die Mandatsträger:innen der Linken leisten unschätzbare wichtige und öffentlichkeitswirksame Arbeit im Parlament und darüber hinaus. Sie genießen im Gegensatz zum Großteil der aktiven Mitgliedschaft der Linken das Privileg, für ihr Engagement bezahlt zu werden. Das ist auch notwendig, um diese Arbeit zu machen. Mit einem Einkommen ähnlich dem ihrer Mitarbeiter:innen ist der Lebensunterhalt der Mandatsträger:innen abgesichert. Die Voraussetzung der Bereitschaft, auf einen erheblichen Teil des Einkommens als Mandatsträger:in zu verzichten, vermeidet falsche Anreize bei der Aufstellung der Listen und Wahl der Direktkandidierenden. Sie dient als deutliches Zeichen der engen Anbindung der Mandatsträger:innen an die Partei – eine politische Verpflichtung, die auch einige prominente Mandatsträger:innen der Linken in der Vergangenheit schmerzlich haben vermissen lassen.

Drittens haben der Rückgang der Mitgliederzahlen, die Stimmverluste bei Wahlen, der Wegfall von Regierungsbeteiligungen auf Landesebene und eine Schwächung durch die Gründung des Bündnisses SW eine finanziell kritische Situation der Partei zur Folge. Um handlungsfähig zu bleiben und überhaupt in der Lage zu sein, die anstehenden entscheidenden Wahlkämpfe ab 2025 zu führen, muss die Partei mehr Einnahmen erschließen. Die Finanzierungslücke wird sich mittelfristig nicht allein durch Beiträge neuer Mitglieder und Beitragserhöhungen schließen lassen. Abgeordnete und Amtsträger:innen, die ja ihre Mandate und Ämter der Partei verdanken, haben für die Zukunft der Partei eine besondere Verantwortung. Umgekehrt hängt auch ihre Zukunft als Amts- und Mandatsträger:innen davon ab, dass die Partei wahrgenommen wird und wirksame Wahlkämpfe führen kann.